



## Warum es zum Fall der Berliner Mauer vor 30 Jahren kam

### Langfristige Entwicklungen und Ereignisse im Verlauf des Jahres 1989

Im Jahr wichtiger Landtagswahlen im „Osten“ Deutschlands spielen die Ereignisse des Jahres 1989 eine deutlichere Rolle als sonst. Denn es geht um die Deutungshoheit. Dabei hatte man sich eigentlich darauf verständigt, dass Gorbatschow und Reagan, Kohl und die Bürgerrechtler der DDR den Hauptanteil an der friedlichen Revolution und der auf sie folgenden Wiedervereinigung Deutschlands besaßen. Da aber nicht zuletzt bei der zurückliegenden Europawahl große Differenzen in der politischen Stimmung der deutschen Bevölkerung sichtbar wurden, drängt sich die Frage auf: was geschah vor dem Revolutionsjahr 1989 und was danach? Vor allem muss auch hinterfragt werden, ob der Begriff „Osten Deutschlands“ ewige Gültigkeit besitzt.

Letztere Frage ist für das Lebensgefühl wichtig. Denn wer den Osten Deutschlands als abgehängt bezeichnet, wirft jeglichen Fortschritt, aber auch die vernünftige historische Einordnung in den Mülleimer. Es soll hier nicht um die historischen „Ostgebiete“ gehen, die in den vergangenen zehn Jahrhunderten in das Reich der Ottonen, Salier, Staufer oder Brandenburger eingegliedert wurden. Die neueste europäische Friedensordnung und vor allem die Kraft der Europäischen Union machen Grenz- und Zugehörigkeitsbetrachtungen (fast) überflüssig. Doch im Falle Thüringens und seiner Menschen ist die Betitelung „Ostdeutschland“ reichlich irreführend. Nur weil das 1919 entstandene Land Thüringen, mit seiner langen Geschichte der verschiedenen Herrschergeschlechter und Geistesgrößen, 1945 das Pech hatte, von den Amerikanern an die Sowjets überlassen zu werden, sind Erfurt und Gotha, Suhl und Jena, Sonneberg und Saalfeld, und schon gar nicht Weimar „Städte im Osten Deutschlands“. Man braucht sich nur die Längengrade auf dem Globus anzusehen, um zu bemerken, dass Erfurt westlich von München liegt. Man braucht auch nur den Akzent der Menschen im Süden Thüringens zu hören, um die fränkische Verwandtschaft festzustellen. Man braucht kaum Geschichtskennnisse, um zu wissen, dass kirchliche Zusammenhänge von Mainz, Fulda und Erfurt gegeben sind. Außerdem sieht man am Beispiel der Universitätsstadt Jena die prächtige Internationalität, die die Bezeichnung „abgehängter Osten“ lächerlich macht.

### Ostpolitik, KSZE, Milliardenkredit, Staatsbankrott

Der „Fall der Berliner Mauer“ kam nicht plötzlich, doch er überraschte. In der Präambel des Grundgesetzes hieß es zwar, die Einheit Deutschlands sei oberstes Ziel. Doch wer dauernd darüber redete, und sei es nur am Tag des „17. Juni“ (Erinnerung an DDR-Volksaufstand), sah sich dem Vorwurf des „Kalten Kriegers“ ausgesetzt. Wer die Brandt'sche „Ostpolitik“ als Verstoß gegen die Präambel sah, handelte sich den Vorwurf der Brandstiftung ein. Die „friedliche

Koexistenz“ zwischen Ost und West war so weit getrieben worden, dass man längst von zwei friedlich nebeneinander ruhenden deutschen Staaten sprach. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die ab 1979 mit dem „Korb III“ den Brückenschlag über die Systemgrenzen hinweg als möglich akzeptierte, schien die Teilung Europas und Deutschlands zu verfestigen, wenn auch mit friedlichen Grenzgebieten. Doch der „Freikauf“ von inhaftierten Deutschen in der DDR oder auch die Liste der Ausreisewilligen, die bei jedem „Staatsbesuch“ in den sozialistischen Hauptstädten Geld in die Kassen der marode gewordenen Ostblockstaaten spülten, belegten die Menschenverachtung und finanzielle Not der dortigen Machthaber. Franz Josef Strauß, ein knallharter Beobachter der Entwicklung im „friedlichen Sozialismus“, sah seine Chance im legendären „Milliardenkredit“ von 1983. Einerseits konnte er dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl zeigen, wer die besseren Karten spielte, andererseits ermöglichte er ungezählten DDR-Bürgern den Verwandtenbesuch im Westen und machte die DDR-Politiker noch mehr von westlichen Krediten abhängig. Der DDR-Außenhandel war die Achillesferse des Regimes in Pankow geworden. FJS spielte weiter auf dieser Klaviatur, starb aber überraschend am 3. Oktober 1988.

SED-Chef Erich Honecker hatte auf der Politbürositzung vom 7. Februar 1989 Schwierigkeiten angedeutet. Bei der notwendigen Versorgung mit Roh- und Brennstoffen aus der UdSSR sei nur „ein großer Teil“ geliefert worden, während dringend aus den Ländern des Westens benötigte Güter von der DDR nur noch mit Erlösen aus Exporten dorthin bezahlt werden konnten. Das bedeutete, dass von den Betrieben Rationalisierungsmaßnahmen aus eigenem Aufkommen gedeckt werden mussten. Es wurde sogar diskutiert, mehr Bier für die DDR-Bevölkerung aus Osteuropa zu importieren, um eigenes im Westen geschätztes Bier in die Bundesrepublik exportieren zu können.



Berliner Mauer November 1989 – oben DDR-Soldaten, unten MdB Rose

### Internationale Entwicklungen 1989

Der DDR-Handel mit der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten lief Jahrzehnte nach festgelegten Plänen ab, also nicht nach jeweiliger Marktlage wie beim Westen. Doch die von Michail Gorbatschow seit 1985 eingeleitete Perestroika verlangte effizienteres Wirtschaften der Betriebe und die qualitativ bessere Versorgung der sowjetischen Bevölkerung. Die SU wollte zwar weiterhin Erdöl in gewohnter Höhe liefern, verlangte dafür aber mehr Textilmaschinen oder Spritzgussautomaten. Wegen einer Lücke in der Gegenfinanzierung sollte die DDR zusätzliche Mengen Konfektion, Trikotagen, Strumpf- und Miederwaren sowie Möbel liefern. Die Probleme der DDR-Wirtschaft wuchsen. Das SED-Politbüro kam mit den Hiobsmeldungen

nicht mehr mit. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1989 stand vor der Tür und von den Betrieben hörte man Unzufriedenheit, auch wegen des Anstiegs unentschuldigter Fehlers. Die abnehmende Loyalität innerhalb der Bevölkerung wurde auch im Politbüro registriert. In seiner Sitzung vom 21. Februar 1989 sah dieses zusätzlich im Wohnungsbau ein ernsthaftes Problem, besonders im Bezirk Cottbus. Zusammengefasst: für die DDR-Wirtschaft war Anfang 1989 die Knappheit der Mittel charakteristisch, für die Bevölkerung aber hatte es immer mehr Einblick in das geradezu paradiesische Leben im Westen gegeben. Die Menschen wollten nur noch weg, nach Ungarn, in die CSSR oder nach Bulgarien, mit der jeweiligen Hoffnung, dortige Westkontakte nutzen zu können.

Die freie Gewerkschaftsbewegung in Polen (Solidarnosc), der Gulaschkommunismus in Ungarn, aber auch der Freiheitsdrang der Chinesen vor dem Massaker des Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz bestärkten zahlreiche Gruppen von DDR-Bürgern, entweder im eigenen Staatsgebiet oder in einem sozialistischen Bruderland mehr Rechte einzufordern, vor allem auch Reisefreiheit. Es kam zum Paneuropäischen Frühstück bei Sopron (19.08.1989) und der folgenden (geduldeten) Massenflucht, zur Flüchtlingswelle in die BRD-Botschaft in Prag und schließlich zur fehlinterpretierten Öffnung der Grenzen in Berlin (9. November).

Doch der anschließende Weg zur Einheit der Nation war weit, je nach Einschätzung interessierter Kreise noch heute nicht erreicht. Die einen lehnen die Entwicklung ganz ab („Einverleibung ohne neue Verfassung“, „falsche Grenzen des Deutschen Reichs“), die anderen monieren – wie eingangs festgestellt – „abgehängt zu sein“. Dabei wird übersehen, dass auch in der alten, freiheitlichen Bundesrepublik unterschiedliche Geschwindigkeiten und Ergebnisse zu verzeichnen waren und sind. Wenn jeder nur gierig auf die anderen schielt und sogar hetzt, kommt die Einheit nie. Aber wer kein Integrationsbemühen an den Tag legt, bleibt auf Dauer abgehängt. Wer als Oberbürgermeister der Europastadt Görlitz wieder scharfe Grenzkontrollen einführt, braucht sich nicht zu wundern, dass man zwar im eigenen Milieu verbleibt, aber keinen Besuch mehr bekommt, auch nicht von Investoren. „Wer zu spät kommt (auch im Denken), den bestraft das Leben“, sagte einst Gorbatschow.

*Der Autor ist erreichbar unter [mail@drklausrose.de](mailto:mail@drklausrose.de).*